

## Kommentar



## Veränderungsprozess einer Partei Die Grünen sind in der Krise radikal realistisch

Von Holger Möhle,  
Büro Berlin

Sind das noch die Grünen? Ja, sie sind es! Es sind die Regierungs-Grünen des Jahres 2022, die in einem atemberaubenden Tempo Realpolitik machen und sich trauen, sehr alte Zöpfe früherer Parteipolitik abzuschneiden. Man kann den Grünen der Generation von Annalena Baerbock und Robert Habeck vorhalten, dass sie eherne Grundsätze schleifen. Niemals Krieg, keine Waffen in Krisen- oder Kriegsgebieten – das war einmal. Die höchst umstrittene und politische umkämpfte Frage von Kriegseinsätzen deutscher Soldaten hatten die Grünen schon unter Joschka Fischer geklärt. Den ehemaligen Außenminister kostete dies damals ein Trommelfell und einen Anzug. Nun unter dem Eindruck des Ukraine-Krieges sind die Grünen innerhalb der Ampel-Koalition die heftigsten Treiber, wenn es darum geht, der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland auch schwere Waffen zu liefern.

Inzwischen kommt auch Bewegung in die Debatte um die Energiesicherheit Deutschlands. Kohle? Schmutzig. Gas? Ersetzen. Atomkraft? Hochgefährlich. Das waren Positionen der Grünen. Dass sie in diesen Punkten eines Tages vor dem Hintergrund eines Krieges in Europa ihre Positionen überdenken, ja, teilweise räumen würden, hätten sie selbst nie gedacht. Aber in Regierungsverantwortung ist der Blick auf die Welt ein anderer als in Oppositionszeiten.

Die Grünen dieser Ampel-Regierung sind total realo, radikal realistisch. Sie ahnen, nein, sie wissen, dass die viertgrößte Volkswirtschaft der Erde, wenn Deutschland dies bleiben soll, einen gewaltigen Energiehunger hat. Das Land braucht Brenn-

stoff, denn: Der nächste Winter kommt bestimmt. Russland hat sich für sehr lange Zeit aus einer verlässlichen Zusammenarbeit mit Europa herausgebombt. Putin spielt mit dem Gashahn. Auf? Zu? Wer weiß das schon.

Zur Not läuft die Kohle länger. Beim Gas organisiert Wirtschaftsminister Habeck mit Hochdruck neue Versorgungslinien. Bloß keine Unruhen in Deutschland. Nun macht auch noch der einzige Ministerpräsident der Grünen, Winfried Kretschmann, Tempo mit seinem Gas-Gipfel. Und schließlich ist da noch die Atomkraft. Der Widerstand gegen die Kernkraft gehörte zur Gründungs-DNA der Grünen. Nun wagt sich jene Partei, die in ihrem Kampf für einen Ausstieg aus der Atomkraft auf die Äcker gegangen ist, auch hier an ehemals felsenfeste Positionen. Längere Laufzeiten für die verbliebenen Atommeiler halten die Grünen auch weiterhin für schlecht, aber sie lehnen sie zumindest nicht mehr grundsätzlich ab. Ex-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt bringt etwa einen „Streckbetrieb“ von Atomkraftwerken ins Gespräch, bei dem der Reaktor über die natürliche Zykluszeit der Brennstäbe hinaus am Laufen gehalten würde – bei reduzierter Leistung. Die Grünen wollen so das Land gewappnet sehen, falls auch die Stromversorgung prekär werden sollte.

Sollten die Grünen dieses Zugeständnis tatsächlich machen, könnte die FDP an ihrem Nein zu einem Tempolimit von 130 auf deutschen Autobahnen nicht länger festhalten. „Mehr Fortschritt wagen“ – ist der Koalitionsvertrag unterschrieben. Es wäre ein großer Schritt, der vor allem die Grünen sehr viel eigene Energie kosten würde. Im Namen des Landes.

## Pressestimme

Hess./Nieders. Allgemeine

### aus Kassel zum Warnstreik an den Flughäfen:

War da nicht kürzlich noch von einer konzertierten Aktion die Rede, bei der sich Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften im Schulterschluss mit gemeinsamen Konzepten für ökonomische Stabilität und gegen ein Aufschaukeln der Lohn-Preis-Spirale stark machen wollten? Bei erster Gelegenheit zeigt sich nun, dass sich Postulate von gesamtgesellschaftlicher Verantwortung offenbar ebenso leicht verflüchtigen

wie Flugzeug-Kondensstreifen am Himmel. Im Chaos der Flughäfen-Terminals wird deutlich, dass wir nun mal eine Gesellschaft der Partikularinteressen sind. Die einen wollen in den Urlaub fliegen und schimpfen auf alles, was ihnen dabei in die Quere kommt. Die anderen wittern ihre Chancen und lassen die Muskeln im Arbeitskampf spielen. Und wenn als Folge dieser Zustände immer weniger Flugzeuge abheben können, werden wiederum andere das als Ökofortschritt beklatschen.



Ein „Gesellschaftsjahr“ für junge Leute, zum Beispiel bei sozialen Einrichtungen, will die CDU bei ihrem Parteitag Anfang September beschließen. Die Frage ist nur, ob das Dienstjahr verpflichtend oder freiwillig sein soll. Foto: Kästle/dpa

# Ein „Dienst für Deutschland“

Union will „Gesellschaftsjahr“ für junge Leute beschließen – Unklar ist, ob verpflichtend oder freiwillig

Von Hagen Strauß, Büro Berlin

BERLIN. Auf dem Parteitag der Union Anfang September steht Grundsätzliches auf dem Programm: Die Union will ein „Gesellschaftsjahr“ für junge Leute einführen. Die Frage ist nur, ob verpflichtend oder freiwillig. Dann aber mit Anreizen wie Rentenpunkten und Interrailtickets.

Die Vorbereitungen für den Parteitag der CDU in Hannover laufen auf Hochtouren. Während viele in der Partei vor Wochen dachten, die Frauenquote werde den zweitägigen Konvent überlagern, so ist man sich nun sicher: Energiepolitik, Gaskrise und wirtschaftliche Folgen des Ukraine-Krieges werden bestimmende Themen sein. Aber die Union will auch viel Grundsätzliches auf den Weg bringen. So soll über die Einführung eines „Gesellschaftsjahres“ für junge Leute abgestimmt werden. Ob die Partei den „Dienst für Deutschland“ beschließt, ist nicht mehr die Frage, sondern ob verpflichtend oder freiwillig.

Im Antrag für den Parteitag, der unserer Redaktion vorliegt, heißt es, junge Menschen sollten „sich wieder zeitweilig und konkret für unser Land und für unsere Gesellschaft“ engagieren. Das stärke auch die Persönlichkeit. „Wir wollen es ermöglichen, dass Kinder aus Akademikerhaushal-

ten auf Kinder aus Brennpunktvierteln treffen.“

Zwischen zwei Varianten sollen sich die Delegierten entscheiden. Variante eins sieht das verpflichtende Gesellschaftsjahr ab 18 Jahren vor, „das in der Regel unmittelbar nach dem Schulabschluss absolviert werden soll“. In dem Papier steht, mit Verpflichtung würden vor allem die erreicht, die vom Gesellschaftsjahr „in ganz besonderem Maße“ profitieren könnten – junge Menschen, die sich ausgeschlossen fühlten, „und mit unserer Gesellschaft hadern“, so die Union. Zugleich erreiche man auch jene, „die von Anfang an elitäre, eng gefasste Karrierewege verfolgen“. Zwang zu einem bestimmten Dienst soll es nicht geben, Entlohnung soll ein „attraktives Dienstgeld“ sein. Für die Umsetzung strebt die Union eine Grundgesetzänderung an.

Variante zwei setzt auf Anreize. Das freiwillige Gesellschaftsjahr soll ein zeitlich flexibles Engage-

ment in gesellschaftlichen Organisationen ermöglichen, „von einem 12-monatigen Dienst bis hin zu einer mehrjährigen Dienstleistung in der Freizeit“. Es bedürfe „gezielter Anreize zur Motivationssteigerung“, steht im Papier. Es könne Vorteile bei der Studienplatzvergabe oder Erleichterungen bei Bafög-Rückzahlung geben. Ferner will die Union mit Interrailtickets, Förderung des Führerscheins oder Anrechnung bei der Rente ködern. Per Rechtsanspruch soll es eine Platzgarantie geben.

» Wir wollen es ermöglichen, dass Kinder aus Akademikerhaushalten auf Kinder aus Brennpunktvierteln treffen.«  
Auszug aus dem Antrag für den CDU-Parteitag Anfang September über ein „Gesellschaftsjahr“ für junge Leute

Mit Blick auf den Parteitag hofft mancher in der CDU, dass die Debatte über das „Gesellschaftsjahr“ die um die Frauenquote verdrängen könnte. Generalsekretär Mario Czaja sagte unserer Redaktion, grundsätzlich sei man sich bei dem Vorhaben einig, es gehe um Einsatz für andere,

das Bekenntnis zum Land, um Wertschätzung für Blaulichtorganisationen und sozialen Einrichtungen. „Unterschiedliche Auffassungen gibt es, ob dieses Deutschlandjahr verpflichtend sein oder man Anreize für einen freiwilligen Dienst ausbauen sollte“, so Czaja. Deshalb sei es gut, einen gemeinsamen Antrag zu haben, „der den gleichen Geist atmet, aber unterschiedliche Perspektiven auf das Thema aufzeigt“.

Einer der Initiatoren ist Carsten Linnemann, stellvertretender Parteichef und Vorsitzender der CDU-Programmkommission: „Wir brauchen ein Gesellschaftsjahr, das verpflichtend ist.“ Nur so würden sich Jugendliche aus unterschiedlichen Milieus treffen. „Das findet in Deutschland immer weniger statt. Bindekräfte lassen stark nach, die digitale Blase nimmt zu, Streitkultur verkommt“, so Linnemann zu unserer Redaktion. Alle Optionen müssten offenstehen: „Ein Gesellschaftsjahr im europäischen Ausland, bei der Bundeswehr, bei sozialen Diensten. Wir müssen das Angebot breit fächern.“ Zur Finanzierung könnten „die Mittel für das Freiwillige Soziale Jahr umgeleitet werden“. Für welche Variante sich der Parteitag allerdings entscheiden wird, ist offen. (lit)

# Fliegender CDU-Chef stellt fragwürdige These auf

Merz-Flugzeug oder Regierungsdienstwagen: Was frisst mehr Sprit? – Faktencheck nach Betonung besonderer Sparsamkeit

Von Sebastian Fischer

BERLIN. Zur Hochzeit von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) ging es für Friedrich Merz und seine Frau per Privatflugzeug von Berlin auf die Nordsee-Insel Sylt. Auf Kritik, er setze damit das falsche Symbol in Zeiten von Klimawandel und Erderwärmung, antwortete der CDU-Chef mit einer zweifelhaften These.

► **Behauptung:** „Ich verbrauche mit diesem kleinen Flugzeug weniger Sprit als jeder Dienstwagen eines Mitglieds der Bundesregierung“, sagte Merz im ZDF-„Sommerinterview“, das am Sonntag ausgestrahlt wurde.

► **Bewertung:** So absolut formuliert, ist das falsch.

► **Die Fakten:** Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) schreibt dazu in Rechnung Merz via Twitter: „Mein Dienstwagen ist ein E-Auto & verbraucht deshalb direkt gar keinen Sprit. Mein Fahrrad auch nicht.“ Wer hat nun recht?



CDU-Chef Friedrich Merz und Ehefrau Charlotte flogen mit ihrem Privatflugzeug zur Hochzeit von Bundesfinanzminister Lindner auf Sylt. Foto: Heimken/dpa

Merz-Presesprecher Armin Peter gibt an, die zweimotorige Diamond DA62 seines Chefs verbrauche 44 Liter Diesel in der Stunde, wenn die Maschine mit 165 Knoten (rund 306 Stundenkilometer) unterwegs sei. Der österreichische Hersteller Diamond Aircraft gibt den Verbrauch bei einer bestimmten Geschwindigkeit in ähnlicher Höhe an. Das heißt: Bei einer Rei-

segeschwindigkeit von 165 Knoten verbraucht das Flugzeug 14,4 Liter Sprit auf 100 Kilometer. Sollte Merz schneller unterwegs gewesen sein, wäre der Verbrauch nochmals höher.

Im Fuhrpark der Mitglieder der Bundesregierung ist der Benzinverbrauch unterschiedlich, aber nur in sicherheitsrelevanten Ausnahmefällen höher als beim

Merz-Flieger. Einer Aufstellung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) vom Mai 2022 zufolge ist genauso wie Özdemir auch Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) mit einem reinen E-Auto unterwegs – also ohne Benzinverbrauch.

Weil die Hybrid-Fahrzeuge der Kabinettsmitglieder Svenja Schulze und Hubertus Heil (beide SPD), Lisa Paus (Grüne), Bettina Stark-Watzinger, Volker Wissing und Marco Buschmann (alle drei FDP) teils mit Strom fahren können, verbrauchen sie nach DUH-Angaben im Schnitt zwischen 1,7 und 2,7 Liter Sprit auf 100 Kilometer. Der Benzin-BMW von Bauministerin Klara Geywitz (SPD) schluckt demnach 9,8 Liter – also alle weniger als der Merz-Flieger.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und einige Minister fahren aus Sicherheitsgründen schwere, gepanzerte Wagen aus dem Fuhrpark des Bundeskriminalamtes. Der mehr als vier Tonnen schwere Kanzler-Mercedes S680 Guard verbraucht zum Beispiel auf 100 Kilometer nach Medienberichten rund 18 bis 20 Liter.

Vom Flugplatz Schönhagen südlich von Berlin, von dem Merz Radardaten zufolge am 8. Juli Richtung Sylt startete, liegt die Insel 440 Kilometer Luftlinie entfernt. Bei durchschnittlich 14,4 Litern auf 100 Kilometer wäre das ein Verbrauch von rund 63 Litern. Bei der Autostrecke von etwa mehr als 550 Kilometern zwischen den beiden Orten und einem Verbrauch von 9,8 Litern (Geywitz) auf 100 Kilometer wären es nur knapp 54 Liter. Nimmt man die berichteten 18 bis 20 Liter auf 100 Kilometer von Scholz' gepanzertem Wagen, wären es auf der Strecke wohl um die 100 Liter.

Als Bundestagsabgeordneter darf Merz, der sich selbst einmal „zu der gehobenen Mittelschicht“ zählte, kostenfrei Bahn fahren. Damit hätte er keinen Liter Sprit verbraucht – aber auch deutlich länger nach Sylt gebraucht. Am 11. Juli flog die Diamond DA62, die neu rund eine Million Euro kostet, dann von der Nordsee-Insel zum Flugplatz Armsberg Menden im Merz-Wahlkreis Hochsauerland. (dpa/san)

Urteil gegen Zahnarzt

## Ungeimpfter darf nicht behandeln

OSNABRÜCK. Ein nicht gegen Corona geimpfter Zahnarzt darf nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Osnabrück keine Patienten behandeln. Die Richter wiesen einen Eilantrag des Mediziners gegen ein vom Landkreis Grafschaft Bentheim verhängtes Tätigkeitsverbot zurück, so das Gericht am Montag. Als Zahnarzt stehe der Mann in unmittelbarem Kontakt zu den Gesichtern der Patienten, insbesondere deren Mund- und Nasenöffnungen, hieß es. Da das Infektionsrisiko des Antragstellers wegen der fehlenden Impfung wesentlich erhöht sei, sei auch das Übertragungsrisiko erheblich erhöht, argumentierten die Richter. Der Landkreis hatte dem Zahnarzt verboten, zu praktizieren, weil er weder einen Impf- noch einen Genesenennachweis nach dem Infektionsschutzgesetz vorlegen konnte. (epd/san)

## Ihr Draht zu uns

Christoph Willenbrink (wil) 0471/597-256  
Tim Albert (tra) 0471/597-258  
Ulrich Kroeger (ger) 0471/597-296

